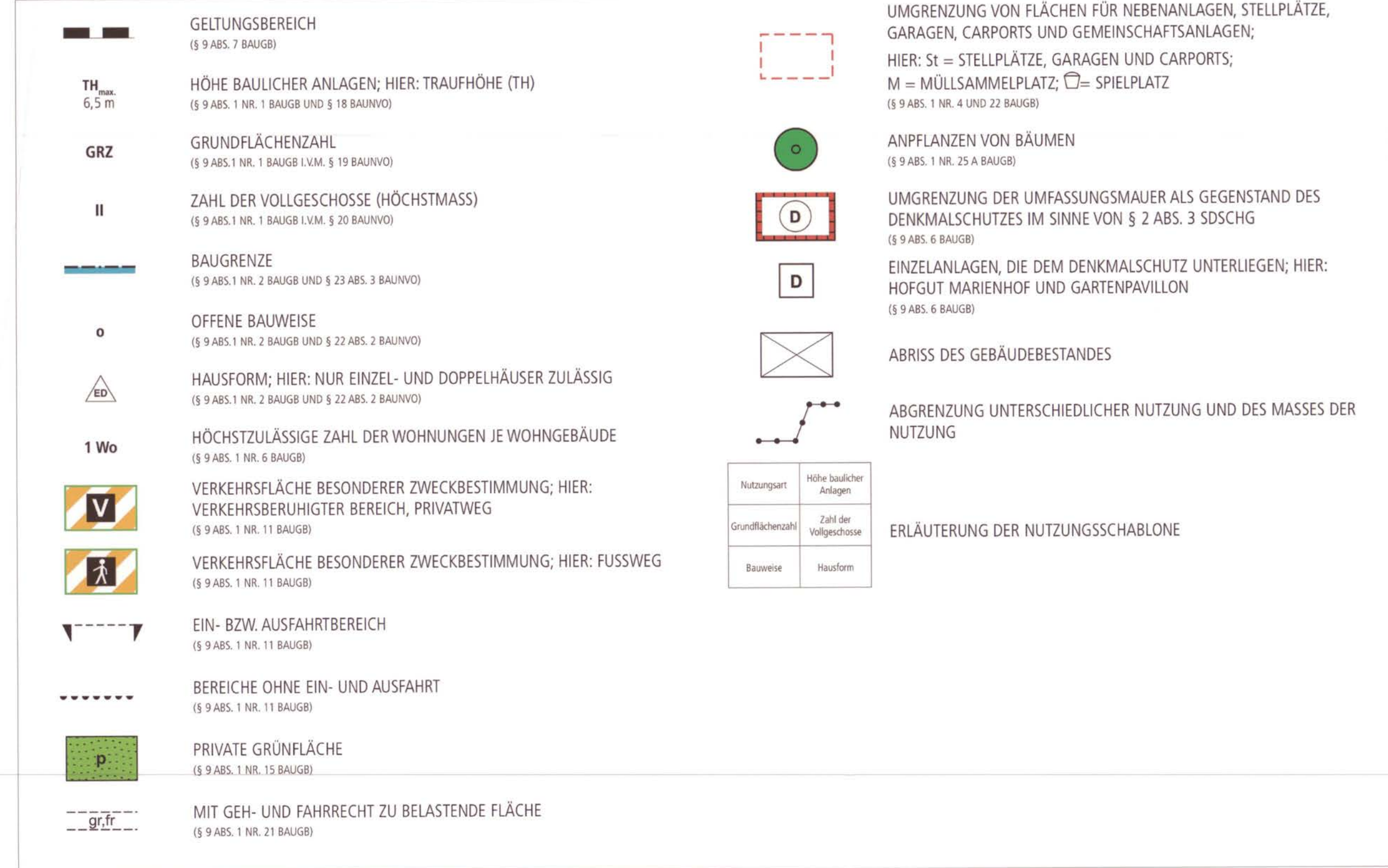


## TEIL A: PLANZEICHNUNG



## PLANZEICHENERLÄUTERUNG



## VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN



## TEIL B: TEXTTEIL

### FESTSETZUNGEN (ANALOG § 9 BAUGB + BAUNVO)

- BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**  
§ 12 ABS. 3A BAUGB I.V.M. § 9 ABS. 2 BAUGB  
Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB wird unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
- NUTZUNGSART: „WOHNEN“**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB  
Siehe Plan.  
Zulässig ist Wohnnutzung im Sinne des Allgemeinen Wohngebietes der BauNVO. Es sind alle Nutzungen des § 4 BauNVO zulässig, mit Ausnahme von Gartenbaubetrieben und Tankstellen.
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. §§ 16-21A BAUNVO  
Siehe Plan, Traufhöhe.  
Maßgebender oberer Bezugspunkt für die baulichen und sonstigen Anlagen ist die Traufhöhe. Die maximale Traufhöhe wird auf 6,5 m festgesetzt.
- HÖHE BAULICHER ANLAGEN**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 18 BAUNVO  
Unterer Bezugspunkt für die baulichen und sonstigen Anlagen ist die Oberkante der Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Verkehrsberuhigter Bereich, Privatweg“, gemessen an der straßenseitigen Gebäudemitte.
- GRUNDFLÄCHENZAHL**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO  
Siehe Plan. Die Grundflächenzahl (GRZ) wird analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und 4 BauNVO festgesetzt.  
Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von:  
1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,  
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,  
mitzurechnen. Bei der Ermittlung der Grundflächenzahl sind die privaten Grünflächen als Teil des Baugrundstückes / Grundstücksfläche zu berücksichtigen.
- ZAHL DER VOLLGESCHOSSE**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 20 BAUNVO  
Siehe Plan. Die Zahl der Vollgeschosse wird analog § 16 Abs. 2 BauNVO und § 20 BauNVO als Höchstmaß festgesetzt. Kellergeschosse sind nicht zulässig, davon ausgenommen ist die bauliche Anlage der Metzter Straße 47.
- BAUWEISE**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 22 BAUNVO  
Es wird eine offene Bauweise festgesetzt. Eine Bebauung ohne Einhaltung des Grenzabstandes ist zulässig (Doppelhausbebauung). In Teilbereichen sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (siehe Plan).
- ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHEN**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 BAUNVO  
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen und Gebäudetiefe die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.
- FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, CARPORTS UND GARAGEN**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB  
Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugbiet gelegenen Grundstücke oder des Baugbietes selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen. Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.
- HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHLE DER WOHNUNGEN JE WOHNGEBÄUDE**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB  
(s. ergänzend auch Festsetzung der Flächen für Stellplätze, Carports, Garagen und Gemeinschaftsanlagen analog § 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)
- VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG, HIER: VERKEHRSBERUHIIGTER BEREICH, PRIVATWEG**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB  
Siehe Plan. Stellplätze, Carports und Garagen sind sowohl innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen als auch in den festgesetzten Flächen für Stellplätze, Carports und Garagen zulässig. Je Wohneinheit sind 1,5 Stellplätze nachzuweisen.
- VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG, HIER: FUSSWEG**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB  
Siehe Plan. Im Bereich der Einzel- und Doppelhäuser ist maximal 1 Wohneinheit je Wohngebäude / Doppelhaushälfte zulässig.
- ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICH**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB  
Siehe Plan. Die zur Erschließung der Baugrundstücke dienende Wohnstraße wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgesetzt. Der Ausbau der Straße erfolgt als Privatweg gemäß den Anforderungen eines „verkehrsberuhigten Bereichs“ als niveaugleiche Mischverkehrsfläche (Breite 5,5 m).
- PRIVATE GRÜNLÄCHE**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB  
Der Fußweg ist zur Erschließung des Gartenpavillons befahrbar.
- MIT GEH- UND FAHRRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHE**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB  
Siehe Plan. An der im Plan durch Symbol gekennzeichneten Stelle wird der Ein- bzw. Ausfahrtbereich festgesetzt (jeweils als Rechtsabbieger). Ein- und Ausfahrten sind nur in dem dafür vorgesehenen Bereich zulässig.
- FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSANLAGEN; HIER: SPIELPLATZ**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 22 BAUGB  
Siehe Plan. Der Gemeinschaftsspielplatz ist den zugeordneten Grundstücksflächen im Verhältnis der Grundstücksgrößen zuzurechnen.
- FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSANLAGEN; HIER: MÜLLSAMMELPLATZ**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 22 BAUGB  
Siehe Plan. Ein Müllsammelplatz ist ausschließlich in der dafür festgesetzten Fläche zulässig.
- ANLAGEN UND VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDES-IMMISSIONSCHUTZGESETZES**  
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 24 BAUGB  
Zum Schutz vor Außenlärm sind für Außenbauteile von Aufenthaltsräumen die Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile nach DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau Anforderungen und Nachweise“ Ausgabe November 1989 einzuhalten. Die erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße  $R'_{w,m}$  der Außenbauteile ergeben sich gemäß Tabelle 8 der DIN 4109 aus den in der Tabelle aufgeführten Lärmpegelbereichen:

Spalte	1	2	3	4	5
Zeile	Lärmpegelbereich	*Maßgeblicher Außenlärmpegel	Bettenräume in Krankenanstalten und Sanitarräumen	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsbetrieben, Unterkünfte und ähnliches	Büroräume <sup>1</sup> und ähnliches
		dB(A)		erf. $R'_{w,m}$ des Außenbauteils in dB	
1	I	bis 55	35	30	–
2	II	56 bis 60	35	30	30
3	III	61 bis 65	40	35	30
4	IV	66 bis 70	45	40	35
5	V	71 bis 75	50	45	40
6	VI	76 bis 80	55	50	45
7	VII	> 80	60	55	50

<sup>1</sup> An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenlärmpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.

<sup>2</sup> Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

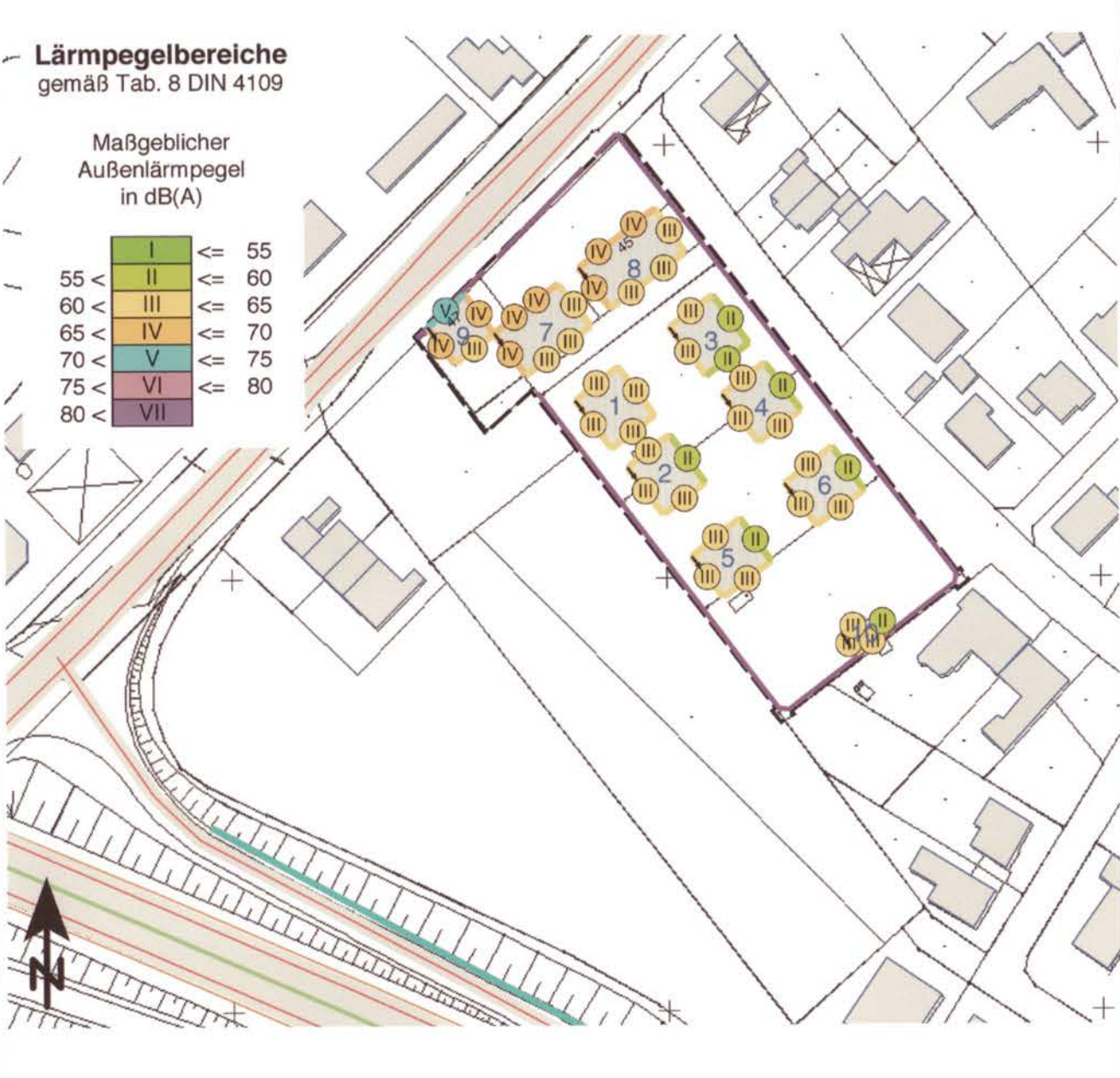


Abbildung: Lärmpegelbereiche und maßgebliche Außenlärmpegel

Lärmpegelbereiche nach DIN 4109 für die Bebauung im Plangebiet (zur Bezeichnung der Gebäude s. Karte):

Gebäude	Fassade und Dachfläche bei ausgebauten Dachgeschossen in Himmelsrichtung	Lärmpegelbereich
1	Südwest, Südost	III
2	Nordost	II
2	Nordwest	III
3	Südwest, Nordost	III
3	Südost, Nordost	III
4	Südwest, Südost	II
4	Nordost	III
5	Nordwest, Südost	II
5	Nordost	III
6	Südwest, Südost	III
6	Nordost	III
6	Nordwest	III
7	Südwest	IV
7	Südost	III
7	Nordost	III
8	Nordwest	IV
8 Metzter Str. 45	Südwest	IV
8 Metzter Str. 45	Südost, Nordost	III
8 Metzter Str. 45	Nordwest	IV
9 Metzter Str. 47	Südwest	IV
9 Metzter Str. 47	Südost	III
9 Metzter Str. 47	Nordwest	IV
10 Pavillon	Südwest, Südost	III
10 Pavillon	Nordost	III
10 Pavillon	Nordwest	III

Die erforderlichen Schalldämm-Maße erf.  $R'_{w,m}$  gemäß Tabelle 8 DIN 4109, November 1989 sind in Abhängigkeit vom Verhältnis der gesamten Außenfläche eines Raums zur Grundfläche eines Raumes nach Tabelle 9 DIN 4109 vom November 1989 zu erhöhen oder abzumindern.

Beim Nachweis der Einhaltung der Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile sind die Regelungen der Nr. 5 DIN 4109 vom November 1989 zu beachten.

In zum Schlafen genutzten Räumen und in schutzbedürftigen Räumen mit sauerstoffverbrauchender Energiequelle ist durch den Einbau von schalldämmenden Lüftungseinrichtungen für ausreichend Be- und Entlüftung zu sorgen.

Die erforderlichen Schalldämm-Maße erf.  $R'_{w,m}$  gemäß Tabelle 8 DIN 4109, November 1989 sind in Abhängigkeit vom Verhältnis der gesamten Außenfläche eines Raums zur Grundfläche eines Raumes nach Tabelle 9 DIN 4109 vom November 1989 zu erhöhen oder abzumindern.

Beim Nachweis der Einhaltung der Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile sind die Regelungen der Nr. 5 DIN 4109 vom November 1989 zu beachten.

In zum Schlafen genutzten Räumen und in schutzbedürftigen Räumen mit sauerstoffverbrauchender Energiequelle ist durch den Einbau von schalldämmenden Lüftungseinrichtungen für ausreichend Be- und Entlüftung zu sorgen.

An der Metzter Straße ist innerhalb der privaten Grünfläche eine Winterleie (Tilia cordata) mit einer Mindestqualität von 3-mal verpflanzt, mindestens 20-25 cm Stammumfang (SU) gemessen in 1 m Höhe, anzupflanzen.

Pro Baumstandort ist in Anlehnung an die Maßgabe der FL (Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V., Bonn) eine offene, dauerhaft vorhandene und luftdurchlässige Fläche von mindestens 6 m<sup>2</sup> Grundfläche und 12 m<sup>3</sup> Gesamtvolumen vorzuzulassen.

Auf den privaten Grundstücksflächen sind an den dafür vorgesehenen Standorten Stieleichen (Quercus robur) mit einer Mindestqualität von 3-mal verpflanzt, mindestens 30-35 cm Stammumfang (SU) gemessen in 1 m Höhe, anzupflanzen.

Erfolgte Anpflanzungen und deren dauerhafte Pflege unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 B BauGB.

Siehe Plan.

### FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LBO UND SWG)

**Abwasserbeseitigung** (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. mit § 49-54 Landeswassergesetz)

- Das Plangebiet ist im Mischsystem zu entwässern.
- Das Abwasser wird in einen Schmutzwasserkanal mit Einspeisung des Niederschlagswassers über gedrosselte Zisternen eingeleitet. Die Größe der Zisternen ist jeweils nach der versiegelten Fläche des Baugrundstückes zu ermitteln. Bemessung der Zisternen: Auf dem Grundstück ist ein ortsfester Auffangbehälter (Zisterne) einzubauen. Mindestvolumen von 1 m<sup>3</sup>, der ausschließlich zur Sammlung und zum Gebrauch von Niederschlagswasser dient. Der Umfang der überbauten und versiegelten Fläche, von der das Niederschlagswasser in den Auffangbehälter abgeleitet wird, ist im Verhältnis von 20 m<sup>2</sup> je m<sup>3</sup> Fassungsvermögen des Behälters auszuführen.
- Der Überlauf des Auffangbehälters in den Schmutzwasserkanal darf die Einleitmenge von 1 l/s nicht übersteigen.

**Örtliche Bauvorschriften** (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. mit § 85 Abs. 4 LBO)

- Dachform, Dachendeckung: Als Dachform ist ein Satteldach mit einer Dachneigung von bis zu 35° zulässig. Bei der baulichen Anlage in der Metzter Straße 47 ist eine Dachneigung von bis zu 40° zulässig. Dachendeckungen in glänzenden reflektierenden Materialien sind unzulässig. Die Installation von Anlagen zur Nutzung solarer Energie auf den Dachflächen ist zulässig.
- Fassadengestaltung: Für die Gestaltung der Fassaden sind nur glatter oder feinstrukturiertes Putz, Sichtmauerwerk, unpolierter Naturstein und Holzverkleidungen zulässig. Unzulässig sind Fassadenverkleidungen aus glänzenden/reflektierenden Materialien und Keramikplatten. Ausnahme: Ausnahmsweise sind auch andere Materialien zulässig.
- Einfriedigungen: Als Einfriedigung können Hecken oder sonstige offene Einfriedigungen verwendet werden (geschlossene Mauern, etc. sind unzulässig). Einfriedigungen der Grundstücke dürfen eine Höhe von max. 1,50 m nicht überschreiten und sind einheitlich auszubilden.
- Mülltonnen sind entweder in Schränken einzubauen oder sichtsicher geschützt aufzustellen.
- Hinweis zu den örtlichen Bauvorschriften: Veränderungen an Baudenkmalen oder in ihrer Umgebung unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt.

### NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§ 9 ABS. 6 BAUGB)

- Einzeldenkmal: Metzter Straße 45, Hofgut Marienhof, Gartenpavillon, Umfassungsmauer / Einfriedungsmauer einschl. der Ecktürme, 17. Jh., Umbauten im 18./19. Jh.

### HINWEISE

- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt. Die Vorschriften des § 13 BauGB gelten entsprechend. Damit wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von der Eingriffs-/ Ausgleichsplanung, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB und gem. § 13 Abs. 2 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
- Die DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise“ Ausgabe November 1989 liegt bei der Stadtverwaltung Saarouis zur Einsicht bereit.
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.
- Angrenzend an den Geltungsbereich befinden sich laut Schreiben des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz vom 05.06.2015 die Altlastverzeichnisse SL5\_20729 „Wilde Müllkippe, Hausmüll, Erdmassen, Bauschutt, hausmüllartige Gewerbeabfälle“ sowie SL5\_18961 „Müllmülldeponie“. Um jegliche Gefährdung der geplanten Nutzung auszuschließen, ist vor Beginn bzw. während der Baumaßnahme in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz gutachterlich durch einen nach § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz zugelassenen Sachverständigen der Verdacht auszuaräumen bzw. sind mögliche Altlasten zu beseitigen. Für die Erkundung von Kampfmitteln ist der Grundstücksigentümer durch die Beauftragung einer Fachfirma eigenverantwortlich, bzw. evtl. kann die Information beim LKW, Saarbrücken, von der Heydt angefragt werden (Kriegsschladen Atlas). Für eine ggfs. erforderliche Entschärfung/Beseitigung der Kampfmittel ist das Landespolizeipräsidium, Direktion 1, LPP 124 – Kampfmittelbeseitigung, Saarbrücken zuständig.
- In dem Plangebiet befinden sich Einzeldenkmale, für die bei Veränderungen eine denkmalrechtliche Genehmigung gem. § 8 DSchG erforderlich ist. Gleiches gilt für die Umgebung der Denkmäler. Bei Bodenfundern besteht Anzeigepflicht und ein Veräußerungsverbot gem. § 12 DSchG.

### GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

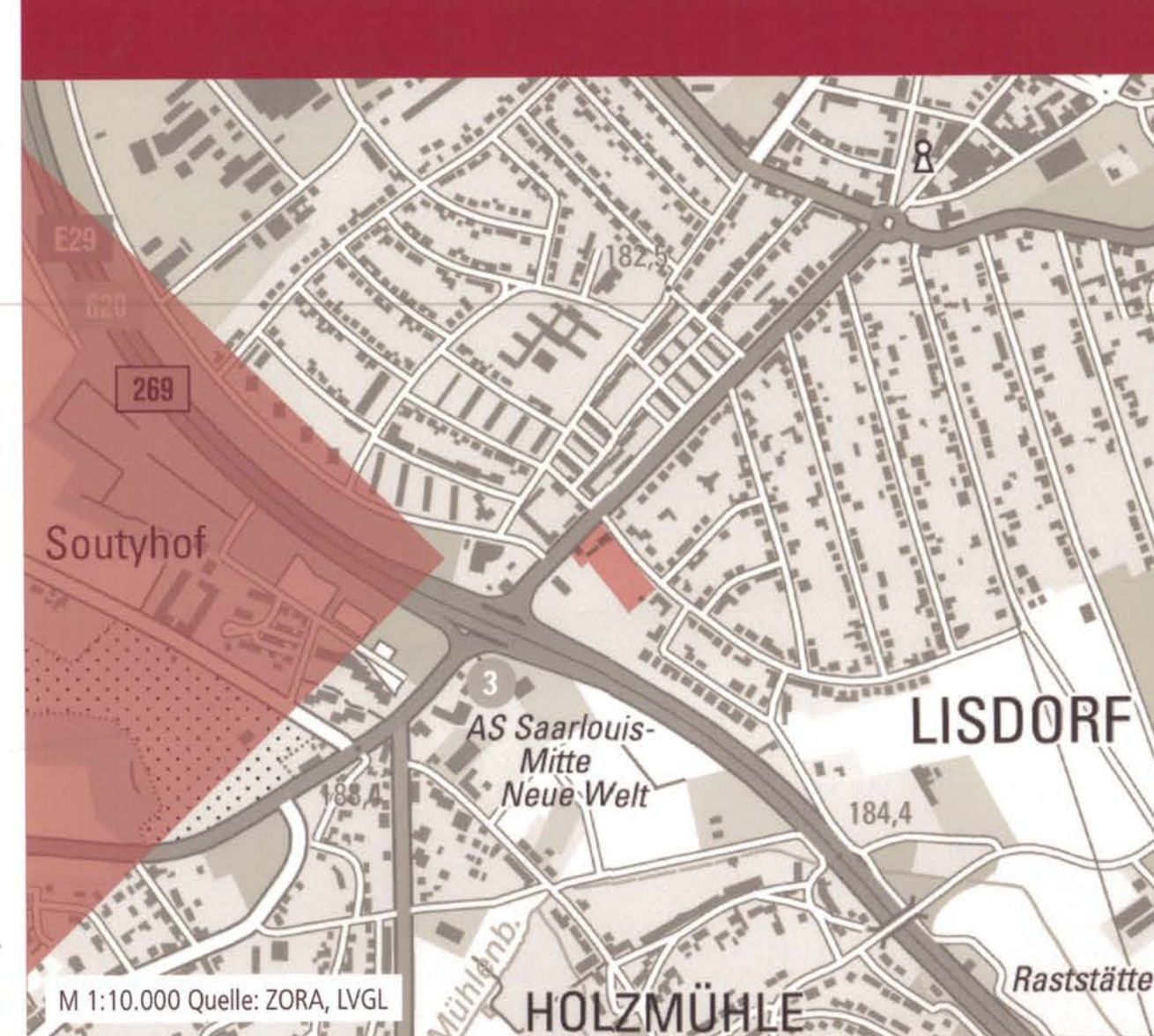
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748).
- Bauabzugsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).
- Saarländische Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Dezember 2012 (Amtbl. I S. 1554).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 100 des Gesetzes vom 07. August 2013 (BGBl. I S. 3154).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland – Saarländisches Naturschutzgesetz – (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Oktober 2008 (Amtbl. 2008 S. 3).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (DSchG) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts) vom 19. Mai 2004 (Amtbl. S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (Amtbl. S. 1374).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtbl. I 2014 S. 2).
- § 12 des Kommunalabstimmungsverfahrensgesetzes (KStVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Mai 2014 (Amtbl. S. 172).
- Satzung zum Schutz von Bäumen in der Kreisstadt Saarouis (Baumschutzsatzung) vom 30.03.1995, in Kraft getreten am 01.01.2001, Art. 13 der Euro-Anpassungssatzung vom 27.09.2001, in Kraft getreten am 01.01.2002.
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1740).
- Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212).

### VERFAHRENSVERMERKE

- Die Vorhabenträgerin, die Fertigbau Laux GmbH, hat mit Schreiben vom 10.03.2015 die Einleitung eines Satzungsverfahrens nach § 12 BauGB beantragt.
- Der Stadtrat der Kreisstadt Saarouis hat am 23.04.2015 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Marienhof, Metzter Straße“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 30.03.2015 von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 12.06.2015 zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am 23.06.2015. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).
- Der Stadtrat hat am 23.06.2015 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Marienhof, Metzter Straße“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Marienhof, Metzter Straße“ wird hiermit als Satzung bekanntgemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 05.06.2015 bis einschließlich 06.06.2015 öffentlich ausliegen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, sowie mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am 23.06.2015 Gutachten bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Saarlouis, den 05.06.2015  
*Frankfurt*  
Der Oberbürgermeister
- Der Satzungsbeschluss wurde am 05.06.2015 öffentlich bekanntgemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). Der vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Saarlouis, den 05.06.2015  
*Frankfurt*  
Der Oberbürgermeister

### Marienhof, Metzter Straße

Vorhabenbezogener Bebauungsplan in der Kreisstadt Saarouis, Stadtteil Saarouis



Bearbeitet im Auftrag der Fertigbau Laux GmbH  
Gewerbegebiet Hausbach 1  
66679 Losheim am See

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen  
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70  
email: info@kernplan.de

Stand der Planung: 30.06.2015

**SATZUNG**

Geschäftsführer:  
Dipl.-Ing. Hugo Kern

Maßstab 1:500 im Original  
Verkleinerung ohne Maßstab

0 5 25 50

KERNPLAN